

Deutschland.

□ **Berlin, 6. Juni.** Die heutige „Prov.-Corr.“ bestätigt, daß die preussische Regierung gegen die einseitige Berufung der holssteinischen Stände entschiedenen Widerspruch erhoben habe. Zu bemerken ist noch, daß, wie ich höre, in der bezüglich nach Wien ergangenen Depesche neben dem Proteste gegen die Stände-Einberufung auch auf die in der österreichischen Erklärung vom 1. d. Mts. gegen Preußen geschleuderten schweren Vorwürfe und Verleumdungen, gegen welche Herr v. Savigny im Drange des Augenblicks nur mit kurzen Worten die preussische Regierung zu verwehren in der Lage war, ausführlich und gründlich eingegangen ist. — Das Konferenz-Projekt ist zwar zu Wasser geworden; dennoch ist dasselbe nicht ohne ein Resultat geblieben, dessen Bedeutung wohl Niemand unterschätzen wird. Dieses Resultat besteht in der absoluten Isolirtheit Oesterreichs inmitten der europäischen Großmächte, und zwar ist diese Isolirtheit durch diese selber konstatirt, indem sie sowohl die Schuld des Scheiterns aller Friedensbemühungen einstimmig allein in dem Verhalten Oesterreichs finden, als auch andererseits eben so einstimmig der preussischen Regierung für ihr bereitwilliges Eingehen auf die unternommenen Friedensversuche ihren Dank ausgesprochen haben. Am bezeichnendsten ist es, daß selbst England sich jetzt vom Wiener Kabinete abwendet, und zwar eben so die Regierung, wie diejenigen englischen Blätter, die bisher der Sache Oesterreichs gegen Preußen das Wort redeten. Spricht es doch die „Times“ unumwunden aus, daß Oesterreich durch sein Verfahren Preußen den Handschuh hingeworfen habe und gleichzeitig Italien herausfordere: dieses Verfahren sei zwar ein sehr offenes, nämlich die offene Kriegspolitik, aber eben so gefährlich als inhuman. Unter den deutschen Regierungen hat vor allen offenbar die sächsische den — nun wir wollen sagen: den Muth, jene Gefahr nicht zu scheuen. Auch hier vorliegende authentische Nachrichten bestätigen, daß die persönlichen Bemühungen des Großherzogs von Baden, das Dresdener Kabinete zu einer besonnenen Auffassung der Verhältnisse zu bestimmen, vollständig fehlgeschlagen sind. — Unsere Oppositionsblätter werden nicht müde, sich mit den Herren v. Bodelschwingh und v. d. Heydt zu beschäftigen und dabei das verkehrteste Zeug zu Tage zu fördern. Daß Hr. v. Bodelschwingh nicht in Veranlassung der Gründung von Darlehnskassen zurückgetreten sein kann, wird schon durch die heutige „Prov.-Corr.“ hergestellt. Daß aber eben so wenig der Verkauf der westphälischen Staatsbahn den Entschluß des verdienten Staatsmannes herbeigeführt hat, wird durch die Thatsache widerlegt, daß die Staatsregierung für den Vertrag mit der betreffenden Eisenbahngesellschaft ausdrücklich die Genehmigung des Landtages vorbehalten hat. Wo da konstitutionnelle Bedenken herkommen sollen, und gar solche, um deretwillen ein Finanzminister sich zur Niederlegung seines Amtes genöthigt sieht, ist nicht wohl abzusehen. Eben so thatsächlich grundlos ist die Behauptung, Hr. v. d. Heydt habe wegen seiner Mißbilligung der sogenannten Lückentheorien, oder weil Hr. v. Bismarck es verlangt habe, oder aus sonstigen politischen Motiven im Jahre 1862 seine Entlassung erbeten. Es ist vielmehr positive Thatsache, daß ein persönliches Zerwürfniß desselben mit dem damaligen Minister Herrn v. Jagow das fernere Verbleiben beider Männer im Rathe des Königs unmöglich machte und deshalb Hr. v. d. Heydt, und zwar noch vor der Berufung des Hrn. v. Bismarck, um seine Entlassung einkam. Damit fallen alle anderweitig diesem Schritte untergelegten Motive sammt den daraus gezogenen Schlüssen und den desfallsigen gehässigen Expektationen vollständig zu Boden.

□ **Berlin, 7. Juni.** Se. Maj. der König konferirte gestern Vormittags mit dem Chef des Generalstabes der Armee v. Moltke, ließ sich hierauf von dem Geh. Kabinetstath v. Mühlern und dem Geh. Hofrath Bortz Vorträge halten und empfing hierauf den Besuch Sr. K. H. des Prinzen Friedrich Karl, sowie dessen Generalstab, welcher sich vor seiner Abreise, die Abends erfolgte, abmeldete. Der Prinz Friedrich Karl wird heute noch der Gedächtnisfeier im Mausoleum zu Charlottenburg beiwohnen und dann Abends Berlin verlassen. Mittags ertheilte der König dem Weimarschen Hauptmann und Adjutanten v. Kiewewetter eine Abschieds-Audienz, fuhr um 2 Uhr, begleitet von dem Major und Flügeladjutanten Grafen Graf von Finkenstein, nach Potsdam, stattete Ihrer Majestät der vermittelten Königin Elisabeth einen Besuch ab, nahm alsdann mit K. K. H. dem Prinzen und der Frau Prinzessin Karl, sowie dem Prinzen Friedrich Karl auf der Pfaueninsel das Diner ein, kehrte um 7 Uhr nach Berlin zurück und arbeitete mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck, welcher zuvor eine Minister-Konferenz abgehalten hatte.

— Ihre Majestät die Königin Augusta wird dem Vernehmen nach vor der Abreise Sr. Majestät des Königs ins Hauptquartier aus dem Kurorte Baden-Baden nach Schloß Babelsberg zurückkehren.

— Der weimarsche Hauptmann und Adjutant v. Kiewewetter ist, wie man erfährt, gestern mit einem Handschreiben Sr. Majestät des Königs an den Großherzoglichen Hof nach Weimar wieder zurückgekehrt.

— Das Comité hiesiger Grund- und Hauseigentümer für die mehrerwähnte Angelegenheit der Errichtung einer Staats-Hypothekenbank hatte beschloffen, die in dieser Sache an das königliche Staatsministerium gerichtete Petition dem Herrn Minister-Präsidenten zu überreichen. Graf v. Bismarck empfing die aus acht Herren bestehende Deputation am Sonntag Abend 8½ Uhr im Minister-Sotel. Der Herr Minister-Präsident hat seine Verwendung für die Sache ausgesprochen, auch im Laufe der Unterredung sich über die allgemeine Lage geäußert.

— Wie beim Stadtgericht, so ist kürzlich auch den Beamten des Polizei-Präsidii die Eröffnung gemacht worden, daß mit Rück-

sicht auf die durch die Einberufung vieler Kollegen zu den Fahnen entstandenen fühlbaren Lücken, den zurückgebliebenen Beamten nur in den dringendsten Fällen ein kurzer Urlaub gewährt werden könne und jedenfalls nicht anders, als wenn die Dringlichkeit und Nothwendigkeit eines solchen durch Attest des Physikus in ausreichendem Grade erweislich gemacht worden ist.

— Der „Magd. Ztg.“ wird von hier geschrieben, daß, wenn Oesterreich nicht bis zum 6. seine Erklärung am Bunde widerrufen habe, der preussische Gesandte v. Werther angewiesen sei, Wien zu verlassen.

— Das seit dem 14. Februar 1864 in Dresden befindliche österreichische Etappenkommando ist aufgelöst worden, und wird der Kommandant desselben mit den betreffenden Mannschaften nach Böhmen abgehen.

— Se. Maj. der König haben bestimmt, daß das aus patriotischen Beiträgen aller Provinzen als Nationalbank für die Waffenthaten von 1864 gegründete Militär-Kurhaus in Warmbrunn vorläufig als stehendes Kriegslazareth für die Zweite mobile Armee unter dem Befehl Sr. K. H. des Kronprinzen eingerichtet werden und dienen soll, wobei die Unterhaltung und Verpflegung der Kranken der bürgerlichen Verwaltung anvertraut bleibt. Diejenigen Kranken, welche sich für die Baderkur gemeldet hatten, sind bereits aufgenommen worden und halten ihre Kur dort ab. — Außer dem Privat-Lazareth in Warmbrunn werden noch königliche in Hirschberg, Schmiedeberg und Kupferberg eingerichtet.

— Nach einer im evangelischen „Kirchenanzeiger“ gegebenen Zusammenstellung amtiren in Berlin gegenwärtig 108 evangelische Prediger, bez. Hülfsprediger. Am längsten befindet sich in seinem Amt der Prediger Dr. Lisco an der Marienkirche, nämlich seit 1814.

— Ein Theil der Räumlichkeiten der Charité ist zur Aufnahme von Militärkranken bestimmt worden. Außerdem sollen, wie die „Nat.-Z.“ meldet, die Central-Turnanstalt und, wenn es nöthig werden sollte, die dem Garnison-Lazareth zunächst liegende Garde-Füsilier- und Garde-Ulanen-Kaserne ebenfalls mit Kranken belegt werden.

— Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Nachdem jede Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Verabingung gesunken ist, muß Preußen in der That mit sich zu Rathe gehen, welche Folgen es dem herausfordernden und vertragswidrigen Verhalten Oesterreichs zu geben hat. Durch die Ankündigungen am Bunde und durch die in unmittelbarer Aussicht genommene Berufung der holssteinischen Stände hat Oesterreich die Souveränitätsrechte des Königs von Preußen als Mitbesizers von Schleswig-Holstein in Frage gestellt und gefährdet. Preußen wird diese Rechte zu wahren wissen: es kann ebensowenig die Versammlung der rechtswidrig berufenen Stände wie eine Förderung sonstiger revolutionärer Vorgänge in Holstein dulden. Unsere Regierung wird dem Vertragsbruch ihr gutes Recht und ihre volle Energie entgegensetzen.

Ferner schreibt das ministerielle Organ: Die ganze gewissenlose Wühleret gegen die Darlehnskassen wird hoffentlich nur dazu dienen, alle Welt darüber aufzuklären, was es mit den volksfreundlichen Bestrebungen der Fortschrittspartei auf sich hat. Eine Wirkung in Bezug auf die Geltung und den Werth der Darlehnskassenscheine wird all jener böswillige Widerspruch nicht üben. Es kann vielmehr schon jetzt als völlig sicher und feststehend gelten, daß die Darlehnskassen diesmal ebenso wie im Jahre 1848 nicht bloß zu reichem Segen für das Volk gereichen, sondern auch überall und ohne ernste Schwierigkeit zu bereitwilliger Anerkennung und voller Geltung gelangen werden.

— (Prov.-Corr.) Es ist unwahr, daß der Rücktritt des Finanz-Ministers mit einem vermeintlichen Widerspruch desselben gegen die Einrichtung der Darlehnskassen zusammenhänge. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung geht schon daraus hervor, daß die Verordnung über die Darlehnskassen die Unterschrift des Finanz-Ministers von Bodelschwingh trägt.

□ **Posen, 5. Juni.** Der ehemalige Abgeordnete Bentkowski hat seine Strafe in Magdeburg abgebußt und ist in guter Gesundheit hierher zurückgekehrt.

□ **Kiel, 4. Juni.** Die „Kieler Ztg.“ schreibt: Zum Regierungskommissar der zu berufenden Ständeversammlung des Herzogthums Holstein ist dem Vernehmen nach der Klosterpropst von Lütken, Herr von Ahlefeldt ernannt. Außer der Hauptvorlage, bezüglich auf die politische Frage, werden den Ständen die Staatsrechnungen der letzten Jahre, das Budget für 1866/67, die provisorischen Gesetze, welche in den letzten Jahren erlassen worden sind, auch verschiedene Gesetzentwürfe vorgelegt werden. (Die Augustenburgerblätter bejubeln selbstverständlich die vom Statthalter angeordnete Einberufung der holssteinischen Stände. Die „Jensb. Nordd. Ztg.“, das Organ der Preußenfreunde, steht die Dinge freilich von einem anderen Gesichtspunkte an. Sie schreibt: „Die Stände werden also am 11. zusammentreten. Was werden sie thun? Sie werden den Erbprinzen proklamiren. Freilich wird das nicht mit Einstimmigkeit geschehen, aber es sind ja auch noch die schleswig-holsteinischen Vereine da und es ist nicht anzunehmen, daß dieselben, namentlich in diesem Moment, ganz unthätig sein werden. „Das Land“ wird seinen Willen durch die schleswig-holsteinischen Vereine der Ständeversammlung kund thun. Daß man in dieser Hinsicht schon thätig ist, darf mit Bestimmtheit versichert werden. Und was wird die Minorität gegen die Masse, die stürmisch den Erbprinzen zum Herzog verlangen soll, vorschlagen? Stände und Land werden den Erbprinzen zum Herzog verlangen, und der Bund? der wird den Erbprinzen dann einsetzen, und wenn er ihn einsetzt, dann wird er ihn auch zu schützen wissen! So ungefähr laufen die Gedanken. Fragt man dann aber, was würde Preußen thun, wenn die Angelegenheit wirklich diesen Verlauf nähme? so erhält man ohne Weiteres zur Antwort: Preußen wird sich aus den Her-

zogthümern zurückziehen! So leichten Kaufs wird Preußen sich aber schwerlich aus den Herzogthümern verdrängen lassen, und Schleswig-Holstein könnte zum dritten Mal in einem Zeitraum von 18 Jahren der blutige Kriegsschauplatz werden.

Dasselbe Blatt schreibt über die eben jetzt neu erwachten Hoffnungen des Augustenburgerthums:

Dem „Kieler Hofe“ liegt nichts ferner, als selbstverläugnende Resignation, welche wenigstens ein Theil seiner Anhänger von ihm erwartet. Nicht auf Versöhnung mit Preußen sinnt man dort, sondern auf Mittel und Wege, sich dem habsburgischen Heerbanne bei dem Kampfe gegen den „Marquis von Brandenburg“ anzuschließen. Nachdem man zwei Jahre die Hände in den Schooß gelegt, denkt man nun daran, die Kampfgenossen aufzubieten, um den Landesfeind über die Elbe zurückwerfen zu helfen. Wir sind nun zwar der Meinung, daß es nicht einmal eines blinden Schusses bedürfen wird, um die Volkserhebung niederzuwerfen, welche der Erbprinz in diesem Augenblicke noch zu Wege zu bringen vermöchte; allein nicht um das „Können“ handelt es sich zunächst, sondern um die Todesfeindschaft, die in dem Willen des Augustenburgerthums sich ausdrückt. Wir unsererseits haben gegenwärtig keinen Grund mehr, diese Haltung unserer Gegner zu bedauern. Je weniger wir daran gezweifelt haben, daß der Erbprinz und seine Räte im Grunde immer auf einem anderen Standpunkte sich befunden haben, desto willkommener muß es sein, daß sie nunmehr die Maske abwerfen, die sie dem liberalen Deutschland zu Liebe angelegt haben und die schwarz-gelbe Fahne offen aufpflanzen. Sie dienen damit lediglich dem preussischen Interesse.

Auch andere Blätter deuten an, der Erbprinz oder seine Parteiführer würden demnächst das holssteinische Volk aufrufen gegen Preußen. In der That wäre das doch beinahe wahnsinnig.

□ **Bremen, 4. Juni.** Zwei Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten, das Panzerschiff „Marshall“, Kapit. Dornet, und die Kriegsfregatte „Tattycoram“, Kapit. Warde, werden zum Schutze amerikanischer Bürger für den Fall eines Krieges binnen Kurzem auf der Weser eintreffen.

□ **Wiesbaden, 4. Juni.** Die „Mitt. Ztg.“ schreibt: „Der Hauptmann Bogler, wegen des mit dem Lieutenant Marschall v. Bieberstein eingegangenen Duells, in welchem letzterer gefallen, zu einjähriger Festungstrafe verurtheilt, ist, nachdem er zwei Monate in Haft gewesen, vor einigen Tagen auf höchsten Befehl aus derselben entlassen worden und zu seinem Regiment wieder zurückgekehrt.“

□ **Stuttgart, 4. Juni.** Die Agitation gegen Preußen wird von seinen Gegnern in der rücksichtslosesten Weise betrieben. Hier in Württemberg ganz besonders sucht man die Bevölkerung zu einem fanatischen Preußenhass aufzustacheln, und unser „Staats-Anzeiger“ leistet hierin das Möglichste. — In der ständischen Kredit-Kommission hieselbst sind die fabelhaftesten „Entwühlungen“ über die preussische Politik gemacht und dichterisch ausgeschmückt worden. Man erzählt sich das Unglaublickste über geheime Pläne Preußens und führt die Mittheilungen auf Aeußerungen zurück, welche im Schoße der Kommission von Seiten der Regierung gemacht sein sollen. Preußen will da unter anderem ganz Süd-Deutschland erobern! Auch macht der Terrorismus sich bereits so geltend, daß Altknechte, die zur Aufklärung der Politik dienen könnten, unterdrückt werden. So hat in Württemberg außer dem „Schwäbischen Merkur“ meines Wissens kein Blatt die Depesche an den preussischen Gesandten abgedruckt, in welcher die württembergische Unterstützung des Antrags am Bunde auf Entwaflnung beleuchtet wurde. (Das „N. A. B.“ schreibt: In Württemberg wird die Stimmung gegen Preußen durch die abenteuerlichsten Gerüchte genährt. Man hat u. A. dem preussischen Gesandten in Stuttgart jetzt Polizeioffizianten vor das Haus gestellt, um Demonstrationen zu verhindern, an die aber Niemand gedacht haben soll, die man aber auf diese Weise hervorrufen zu wollen scheint.)

□ **Wien, 5. Juni.** Wie dem „Wanderer“ mitgetheilt wird, ist eine österreichische Cirkular-Depesche an die auswärtigen Regierungen abgegangen, in welcher die Uebertragung der Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit an den Bund motivirt wird.

□ **Wien, 5. Juni.** Einzelne etwa nach Holstein reisende Offiziere haben (nach der Militärzeitung) künftig die Route über Pilsen, beziehungsweise Passau, Nürnberg, Frankfurt, Kassel, Hannover und Harburg zu nehmen; das preussische Gebiet wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen vermieden.

Ausland.

□ **Paris, 5. Juni.** (Kr.-Z.) Die Pariser Zeitungen geben den Kongreß auf, sie verzichten mit großem Unwillen auf die Friedenshoffnungen, die sie an denselben geknüpft und entladen die volle Schale ihres Zorns über Oesterreich. Aber nicht die Zeitungen allein sind unwillig, die diplomatischen und politischen Kreise scheinen sich in einer so hohen Aufregung zu befinden, daß man in ihnen eine Sprache vernimmt, die sonst dort verpönt ist; denn die Erklärung Oesterreichs, daß es nur dann in die Beschickung des Kongresses willigen könne, wenn auf demselben von keinerlei Machtveränderung die Rede sei, kam so unerwartet, stand so in Widerspruch mit allen seit drei Wochen und länger in Paris gegebenen Versicherungen Oesterreichs, daß man anfänglich gar nicht daran glauben wollte und erst, als die Bestätigung nicht auf sich warten ließ, seinem Unwillen und Erstaunen Worte gab. Selbst Fürst Metternich wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er eine sonderbare Geschichte von zwei Strömungen erzählte, welche in Wien wechselseitig zur Geltung kämen. Die französische Regierung hat in den letzten Tagen noch das Aeußerste geleistet, um Oesterreich den Eintritt in die Konferenz möglich zu machen; so wurde von Paris aus Lamarmora abgehalten, gegen die venetianische Zwangs-

Feuer laut Protest zu erheben, — man glaubte hier beinahe, Venedig solle sich mit dieser Steuer loskaufen, so plausibel hatte Fürst Metternich die Abtretung Venedigs gemacht. Man verurtheilte Oesterreichs Auftreten am Bunde, aber man glaubte, es habe dadurch nur seinen Nachgelassenen gegen Preußen formell frohnen wollen und werde dem weiter keine Folge geben. Jetzt sieht man, daß man bitter getäuscht ist, und man will Oesterreich „dafür büßen lassen“. Nach den französischen Zeitungen ist bereits ein Offizier an Victor Emanuel abgegangen; es unterliegt nun kaum einem Zweifel, daß Frankreich hinter Italien stehen wird, und einzelne Nachrichten lassen auch bereits auf rasche militärische Vorkehrungen schließen.

Paris, 4. Juni. (Krz.-Z.) Das Konferenzprojekt muß als gescheitert betrachtet werden. Das Tuilerien-Kabinet hatte telegraphisch in London und in Petersburg anfragen lassen, was die Ansicht der beiden Höfe über die neue Haltung Oesterreichs sei. Beide telegraphierten zurück, daß die Einberufung einer Konferenz unter solchen Umständen keinen Berechtigungsgrund mehr haben würde, und Lord Clarendon hob mit großer Energie hervor, daß man in Wien offenbar die Konferenz unmöglich machen wolle, da man sich dort weigere, über die venetianische Frage zu unterhandeln und die Herzogthümerfrage schon vor den Bund gebracht habe. Zu bemerken ist, daß der offizielle Moniteur einen Artikel der „Times“ wiedergibt, worin dieses Blatt — obgleich es bekanntlich sehr Oesterreichlich gesinnt ist — die Haltung des österreichischen Kabinetts auf das Schärfste tadelt und den Wiener Hof für alle ferneren Ereignisse verantwortlich macht. Die Erbitterung gegen Oesterreich ist hier ganz allgemein, insbesondere in der Geschäftswelt; denn jetzt kann allerdings kein verständiger Mensch mehr in Abrede stellen wollen, daß Oesterreich — weshalb und warum auch immer — den Krieg will.

London, 4. Juni. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die hannoversche Regierung von dem hiesigen Kabinet gewarnt worden ist, sich nicht in eine preußenfeindliche Politik einzulassen, sondern neutral zu bleiben; auf irgend welche Hilfe Englands dürfe man dort keinesfalls rechnen. Ob der neulich erwähnte Brief Ihrer Majestät an den König Georg diesen Gegenstand betraf, weiß ich nicht.

Buarest, 29. Mai. Heute sind es gerade acht Tage, daß Fürst Karl in seiner Hauptstadt eingetroffen, und in dieser kurzen Zeit ist es ihm bereits gelungen, sich bei allen Schichten der hiesigen Bevölkerung beliebt und populär zu machen. Mit militärischer Pünktlichkeit hat der Fürst sein Tagewerk eingetheilt, und täglich werden mehrere Stunden dazu benützt, um die öffentlichen Anstalten, Hospitäler und derartige Etablissements einer eingehenden Besichtigung zu unterwerfen. Gegen Abend macht der Fürst mit einem Adjutanten einen Spaziergang durch die Stadt, um auf diese Weise sämtliche und auch die entferntesten Quartiere kennen zu lernen. Daß er auf diesen Spaziergängen überall mit dem größten Enthusiasmus begrüßt und von einer fortwährend anschwellenden Volksmenge begleitet wird, ist selbstverständlich. Auch mehrere der hiesigen deutschen Läden und Magazine hat der Fürst besucht und dort einzelne Anläufe gemacht. Im Augenblicke schwimmt hier Alles in Jubel und Entzücken; alle Wünsche konzentriren sich lediglich in der Person des Fürsten, so daß man beinahe sagen kann, es giebt im Lande nur noch eine Partei, und zwar die Partei des Fürsten. Zu wünschen ist nur, daß dieser Zustand auch für die Zukunft anhalten und sich konsolidiren möge, da nur auf diesem Wege unser Land gedeihen kann. An der demnächstigen Anerkennung des Fürsten von Seiten der Garantemächte zweifelt man hier nicht. Wie bereits mitgeteilt, hat die Kammer dem Fürsten eine Civilliste von 100,000 Dukaten bewilligt, der Fürst hat jedoch bei der bedrängten Lage des Landes zu Gunsten des Staatschatzes auf 40,000 Dukaten Verzicht geleistet. Uebermorgen beabsichtigt der Fürst nach Jassy und Galatz zu reisen, um sich seinen dortigen neuen Unterthanen zu zeigen, und man darf sich von der Reise wohl einen günstigen Erfolg versprechen. Gegen die Union unter einem fremden Fürsten haben die Moldauer nie etwas einzuwenden gehabt, sie waren nur gegen die Union unter einem einheimischen Fürsten eingenommen. Die Begnadigung, welche der Fürst allen politisch Kompromittirten hat zu Theil werden lassen, wird auch nicht verfehlen, ihm die Sympathien der Moldauer noch mehr zu gewinnen, und sein Erscheinen in der Moldau wird vielleicht das Signal zu einer allgemeinen Begeisterung für seine Person geben, welche dem Enthusiasmus, mit welchem der Fürst auf walachischem Boden begrüßt und empfangen worden ist, in Nichts nachsteht.

Pommern.

Stettin, 7. Juni. Vorgestern kaufte der Fleischermeister F. in der Feldstraße von zwei Arbeitern zwei magere Hammel, welche diese angeblich aus Noth verkaufen wollten, für 6 Thlr. Als F. aber von einem der Verkäufer gefragt wurde, ob sie ihm nicht öfter etwas bringen dürften, fiel bei ihm der Verdacht auf, daß die Hammel gestohlen seien. Er ließ sich daher die 6 Thaler zurückgeben, behielt die Hammel in Verwahrung und machte der Polizei sofort Anzeige. Die beiden Hammel sind acht spanischer Race, wahrscheinlich von einem benachbarten Gute gestohlen und haben am linken Ohre, welches halb abgeschnitten ist, einen Kerb als Zeichen.

Die Regierung ist, wie das „Ftbl.“ meldet, dem Zustandekommen der projektirten Eisenbahnlinie Berlin-Stettin sehr günstig gestimmt und fördert dasselbe nach Möglichkeit. Das Komitee für den Bau dieser Eisenbahn, an dessen Spitze der Geheimrath Löwe steht, hat dem Ministerium einen Kostenanschlag eingereicht, es hat sich bei der Prüfung desselben aber herausgestellt, daß einzelne Positionen zu hoch gegriffen waren, weshalb das Ministerium den Anschlag dem Komitee wieder mit der Weisung zurückgab, einen neuen einzureichen, der dem Bedarfe entsprechenden sei.

Das General-Post-Amt hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach Laufzettel, welche wegen der an Militärs und Militär-Beamte der mobilen preussischen Truppen gerichteten Sendungen erlassen werden, keiner Gebühr unterliegen sollen; es soll dabei keinen Unterschied machen, ob die Laufzettel sich auf Sendungen beziehen, die zur Beförderung durch die Feldpost bestimmt gewesen sind, oder ob dieselben wegen Privat-Päckereien abgesandt werden. Uebrigens ist es dringend wünschenswerth, daß die Absender nicht

zu frühzeitig und nicht ohne hinlänglichen Anlaß den Erlaß eines Laufzettels beanspruchen, sondern eine billige bemessene Frist abwarten, ob ihnen nicht die Anzeige von der richtigen Ueberkunft der Sendung zugeht, da es mit Rücksicht auf den häufigen Wechsel des Standortes der einzelnen Truppen-Abtheilungen nicht möglich ist, die Sendungen den Adressaten so schnell zuzuführen, wie dies unter gewöhnlichen Verhältnissen würde geschehen können. Die Post-Anstalten sind angewiesen, in diesem Sinne auf das Publikum bei Anträgen auf den Erlaß von Laufzetteln einzuwirken und dasselbe dahin zu beruhigen, daß die Postverwaltung nicht nur auf jede Weise für die Beförderung und Zustellung der Sendungen besorgt sei, sondern auch in etwaigen Verfallsfällen für die Sendungen mit der bestehenden Garantie eintrete.

Die Schooner-Brigg „Julius“, Capt. Michaelis, mit Holz nach England beladen, die auf der Oder Krefmann's Hof gegenüber zum Ausgehen fertig vor Anker lag, wurde von dem von Swinemünde heraufkommenden Dampfer „Humber“ angesegelt und so schwer beschädigt, daß die Ladung wieder gelöscht werden muß.

Am Freitag früh geht das hiesige Garde-Landwehr-Bataillon per Bahn nach Berlin ab.

Der Regierungs-Vice-Präsident Toop, welcher nach der Uebernahme seiner neuen Stellung hieselbst einige Tage zu amtlicher Rücksprache in Berlin verweilt, ist hierher zurückgekehrt.

Der Hauptmann à la suite des See-Bataillons, Ritter, bisher Adjutant beim Ober-Kommando der Marine, ist zum ersten Adjutanten beim Kommando der Marine-Station der Ostsee ernannt worden.

Die Nachricht, daß die Eisenbahn von Wangerin nach Dirschau konzessionirt und die betreffende Kautions eingezahlt worden sei, ist nach der „B. V.-Z.“ verfrüht. Die Angelegenheit ist noch nicht bis zu dem Stadium der Konzessions-Ertheilung gelangt. Bis jetzt ist nur die Erlaubniß zur Vornahme der Vorarbeiten erteilt worden, die Einzahlung einer Kautions aber bisher weder gefordert noch erfolgt.

Stargard, 6. Juni. Das hiesige Landwehr-Bataillon rückt Freitag den 8. d. früh 4 Uhr von hier aus. Gleichzeitig gehen das 3. Bataillon (Schivelbein) und das 2. Bataillon (Göslin) des 9. Regiments nach Berlin und wird daselbst das Regiment formirt. Wie es heißt, soll dasselbe ein Lager in der Gegend zwischen Berlin und Spandau beziehen. — Heute früh 6 Uhr wurden die Mannschaften durch Generalmarsch alarmirt.

Wie verlautet, soll das hiesige Defonomiegebäude zu einem Lazareth hergerichtet und zu diesem Zweck bereits 2000 Bettstellen angefertigt werden.

Wafewalk. Unsere Reithahn, so wie die oberen Räume des großen Pferdestalles werden zu einem Militär-Lazareth für 600 Kranke eingerichtet.

Vermischtes.

Berlin. Bei der letzten Exira-Fahrt von hier nach Neustadt-Eberswalde am 3. wurden die Mitreisenden plötzlich durch das Stillstehen des Zuges überrascht. Es hieß, ein Bulle stehe mitten auf dem Geleise. Viele Passagiere eilten aus den Waggons und sahen, daß der gefährdete Bulle wirklich keine Ente war. Er stand etwa fünfzehn Schritte vor der Lokomotive, das Gehörn gegen den Zug gerichtet. Ein eigenthümlicher Kampf entspann sich nun: sämtliche Schaffner, mit den roten Rothfäbchen bewaffnet, die Reisenden in Hemdsärmeln, mit Stöcken, Schirmen u. s. w. versehen, zichen muthig darauf los und zuerst wird durch Schreien und Hahnschwingen dem Thiere Furcht beizubringen versucht, dann wird er gefistelt und schließlich gehauen. Alles umsonst, der Bulle beharrt in seiner störrischen Ruhe, rückt und rührt sich nicht von der Stelle und strahlt alle Angriffe gegen seine Kehle mit stiller Verachtung. Nachdem man sich endlich davon überzeugt, daß das arme Thier beim Sprünge aus dem Güterwagen eines kurz zuvor vorübergefahrenen Zuges sich die Hüfte ausgefallen hatte und sich nicht allein fortbewegen konnte, wurde es mittels Stricken glücklich aus dem Geleise entfernt, so daß der Zug langsam vorbewegt werden konnte.

Neueste Nachrichten.

Riel, 6. Juni. Gutem Vernehmen nach erwartet man morgen die Antwort Preußens auf die einseitige Berufung der holsteinischen Stände durch das heut veröffentlichte Dekret des österreichischen Statthalters. Es heißt, Preußen würde von dem durch Aufhebung des Gasteiner Vertrages wieder zur Geltung kommenden Mitregierungsrecht in Holstein sofort Gebrauch machen. In Folge dessen werden die preussischen Truppen in Holstein wieder Garnisonen beziehen und befinden sich bereits auf dem Marsche. Die Landesregierung wird vermuthlich Veränderungen unterworfen werden.

Dresden, 6. Juni, Nachm. Dem heutigen „Dresdner Journal“ zufolge hätte Preußen bei der Generalzoll-Konferenz einen Antrag auf Vertagung derselben eingebracht. Es seien in Folge dessen die Verhandlungen sistirt worden und stehe demnächst deren Vertagung zu erwarten.

Hannover, 6. Juni, Nachm. Die zweite Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung den von Bennigsen gestellten Antrag, welcher auf die augenblickliche politische Lage Bezug hat; dagegen wurde der ebenfalls hierauf bezügliche Beschluß der Adelskammer unter dem Widerspruch der Minister abgelehnt.

Stuttgart, 6. Juni, Nachm. Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung mit 58 gegen 31 Stimmen der Regierung des erste und zweite Aufgebot der Landwehr zur Verfügung gestellt.

Karlsruhe, 6. Juni. Die Reise des Großherzogs von Baden nach Pillnitz hatte den Zweck, auf Grund der Bundesreform und der Berufung des Parlaments einen Friedensversuch zu machen. Seine Bemühungen sind gescheitert.

Wien, 6. Juni, Nachm. Der französische Botschafter am hiesigen Hofe, Herzog von Gramont, ist heute von Paris hierher zurückgekehrt. Derselbe hatte heute Mittag bereits eine Konferenz mit dem Grafen Mensdorff.

Brüssel, 6. Juni, Mittags. Preußen hat, so wird glaubhaft berichtet, die neutralen Mächte davon in Kenntniß gesetzt, daß es seine Souveränitätsrechte in Schleswig-Holstein, die auf dem Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 basiren, von Oesterreich bedroht sehe, indem letzteres die Uebertragung der Entschei-

bung in der Elbherzogthümerfrage auf den Bundestag versucht und einseitig die Berufung der holsteinischen Stände angeordnet habe. Preußen werde zur Wahrung dieser Rechte in erster Linie die erforderlichen friedlichen Schritte thun. Es müsse aber auf Grund seiner Mitjourenetät in Holstein die bloß Namens Oesterreich erfolgte Einberufung der holsteinischen Stände für rechtungsgültig erklären und ebenso jede einseitige Verfügung des österreichischen Statthalters in Holstein und der dortigen Landesregierung, so lange das Wiener Kabinet den in Frankfurt gethanen Schritt, welcher den Gasteiner Vertrag aufhebt und den Wiener Frieden verlegt, nicht zurücknimmt. Preußen will übrigens die Gesamtvertretung von Schleswig-Holstein und keine Sondervertretung von Holstein einberufen wissen.

Paris, 6. Juni, Abends. Der heutige „Abendmoniteur“ sagt in seinem Wochenbericht: Preußen und Italien haben die Einladung zur Konferenz angenommen, während Oesterreich seine Einwilligung an Bedingungen knüpfte, welche eine eingehendere Prüfung der italienischen Streitfrage ausschlossen, indem gerade der Hauptgegenstand der gegenwärtigen Differenzen außerhalb der Diskussion gestellt wurde. Durch seinen in Frankfurt eingebrachten Antrag in Betreff Holsteins, hat Oesterreich bereits im Voraus auch diese Frage der Konferenz entzogen. England und Rußland sind der Ansicht, daß unter diesen Umständen die Beratungen keinen Nutzen gewähren könnten. Die Regierung des Kaisers konnte sich dieser Anschauungsweise nur anschließen und muß für den Augenblick den Hoffnungen entsagen, welche sich an ein unmittelbares Zusammentreten der Bevollmächtigten knüpfen ließen.

Der „Patrie“ zufolge ist die neuerdings in Konstantinopel erfolgte Ministerveränderung unter den gegenwärtigen Verhältnissen von sehr erheblicher Bedeutung.

Konstantinopel, 5. Juni, Abends. Der bisherige Großvezier Fuad Pascha ist seines Amtes entbunden worden. Zu seinem Nachfolger wurde, nachdem Ali Pascha abgelehnt hatte, Nudschki Pascha ernannt, welchem in seiner Eigenschaft als Serraslier Niza Pascha folgte.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Weimar, 7. Juni. Nachdem die Aussicht auf ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen des Neuner-Ausschusses des Bundestages geschwunden ist, beabsichtigen mehrere deutsche den preussischen Reform-Vorschlägen zustimmende Fürsten, außerhalb des Bundestages Beratungen über die Einberufung des Parlaments im Interesse des Friedens herbeizuführen.

Frankfurt a. M., 7. Juni. Bayern und Preußen dringen auf schnelle Ausführung des Bundesbeschlusses über Veränderung der Besatzungen von Mainz, Frankfurt und Rastatt.

Wollbericht.

Breslau, 5. Juni. Heute, am Tage des Schweidnitzer Marktes, haben die Zufuhren Dimensionen angenommen, welche denen der Vorjahre wenig nachgeben. Von einzelnen Produzenten hörten wir die Ansicht aussprechen, daß sie gern auf einen Rückschlag von 10 1/2 Thlr. eingehen würden. Gegenüber der wenig Trost bietenden politischen Lage können wir diesen Entschluß kaum mißbilligen, halten uns jedoch verpflichtet, vor einem zu schnellen Rückschlagen zu warnen. Ob es aber ratsam sei, den Lombard mit 9 1/2 Prozent dem Verkaufe zu billigeren Preisen vorzuziehen — das müssen wir dem Ermessen des Einzelnen überlassen. In den letzten Tagen hat sich die politische Situation derartig gewendet, daß die Friedenshoffnungen vollständig verdrängt worden sind. Eine uns eben zugehende Depesche bringt die Mittheilung: die nach Wien gerichtete Antwort der Westmächte gäbe zu verstehen, daß in der österreichischen Antwort wohl die Ablehnung der Konferenzen und die Verhinderung des Friedensversuchs erkannt werden müsse. Wir werden morgen über den Gang des Geschäfts und die angelegten Preise berichten. Zahlreiche Käufer des In- und Auslandes befinden sich schon am Plage.

Breslau, 6. Juni, Nachmittags. Am Wollmarkte lebhaftes Geschäft; bis Nachmittags 2 Uhr war fast die Hälfte der Zufuhren verkauft. Als Käufer traten Engländer, Franzosen und Rheinländer auf. Der Abschlag gegen das vorige Jahr betrug 8—16 Thlr. Die Wäsche ist mittelmäßig.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 6. Juni, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Queen (SD), Cormack von Stornoway. Wind: SD. Barier 14 1/2 F.

Börsen-Verichte.

Stettin, 7. Juni. Witterung: bewölkt, schwül. Temperatur: + 20° R. Wind: N.

An der Börse.

Weizen fest und höher, loco pr. 85Pfd. gelber 60—66 R. bez., mit Auswuchs 40—53 R. bez., 83—85Pfd. gelber Juni-Juli 64 1/4, 65, 66 1/2 R. bez. u. Bd., Juli-August 66, 66 1/2 R. bez. u. Br., 66 1/4 Bd., September-Oktober 68 R. Br.

Roggen steigend bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 40 1/2—42 1/2 R. bez., Juni-Juli 40 1/2, 41 1/4 R. bez., Juli-August 42, 42 1/2 R. bez. u. Bd., September-Oktober 43 1/2, 44 R. bez., 44 R. Br.

Gerste loco, pr. 70Pfd. schlef. 38—41 R. bez., pommersche 38 R. bez., 70Pfd. schlef. Juni-Juli 41 R. bez.

Safer loco pr. 50Pfd. 27—29 R. bez., 47—50Pfd. Juni-Juli 29 1/2 R. Bd., Juli-August 30 R. bez. u. Br.

Erbsen loco 46—48 1/2 R. bez., Koch. 52—53 R. bez., Wintererbsen September-Oktober 75 R. bez.

Rübsöl behauptet, loco 13 1/4 R. Br., Juni 13 R. Br., September-Oktober 11 1/4 R. bez. u. Bd.

Spiritus geschäftslos, loco ohne Faß 11 1/2 R. bez., Juni-Juli 11 1/4 R. Br., 11 1/2 Bd., Juli-August 12 1/4 R. Br., 12 1/4 Bd. August-September 13 1/2 R. Br. u. Bd.

Angemeldet: 200 Wisp. Weizen, 50 Wisp. Roggen.

Berlin, 7. Juni, 2 Uhr. — Min. Nachmittags. Staatsbahn-Aktien 67 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 73 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 110 bez. Sargard-Pföner Eisenbahn-Aktien 73 bez. Oesterr. Nat.-Anleihe 43 1/4 bez. Komm. Vandrairie 76 Br. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 119 bez. Wien 2 Mt. 74 bez. London 3 Mt. 6 18 1/2 bez. Paris 2 Mt. 79 1/2 bez. Hamburg 2 Mt. 149 1/2 bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 51 1/4 bez. Russ. Prämien-Anleihe 74 Br. Russ. Banknoten 64 1/4 bez. Amerikaner 6 % 63 bez.

Roggen Juni-Juli 41 1/4 R. bez., 42 1/4 Bd., Juli-August 42 1/2 bez., 43 1/2 Bd., September-Oktober 43, 43 1/2 bez. Mühl loco 13 1/4 R. bez., Juni 13 1/2, 1/2 bez., Juni-Juli 12 bez. September-Oktober 11 1/4, 1/2 bez. Spiritus loco 12 1/4 R. bez., Juni-Juli 12 1/4, 1/2 bez., Juli-August 12 1/2, 1/2 bez. August-September 13 1/2, 1/2 bez.

Hamburg, 6. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco guter Umsatz, zum Versandt theilweise 1—2 R. höher bezahlt, auf Termine animirt. Pr. Juni-Juli 5400 Pfd. netto 109 Bankothlr. Br., 108 Bd., pr. Juli-August 112 Br. u. Bd. Roggen pr. Juni-Juli 5000 Pfd. Brutto 75 Br., 74 Bd., pr. Juli-August 77 Br., 76 Bd. Del still, pr. Juni 26 1/2 Br., pr. Oktober 25 1/2 bez. Kaffee 500 Sack Rio zu 5 1/4—6 1/2 verkauft. Zink 13 Mt. gefordert. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 6. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, still, pr. Oktober 175—177. Rappz pr. Oktober 66 1/2. Mühl pr. Herbst 39 1/4.

London, 6. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer wie fremder Weizen ziemlich gefragt, einen Schilling theurer. Frühjahrsgetreide fest und unverändert. — Schönes Wetter.